

Thema: Prater Wien

Autor: pruckner

Die Suche nach dem Watschenmann

SKANDAL. Die Neugestaltung des Wiener Praters endete in einer Millionenteile. Nun erhebt Gutachter Thomas Havranek schwere Vorwürfe gegen die Vertreter der Stadt Wien und den Totalunternehmer. Ein Sittenbild, das bei öffentlichen Bauprojekten kein Einzelfall ist. Von Othmar Pruckner



Georg Wurz ist ein wichtiger Mann. Er ist Chef der Prater Service-GmbH der Stadt Wien und damit der Big Boss des legendären Wiener Wurstelpraters. Noch haust er im schäbigen Container hinter der Luftburg, doch bald wird er in ein standesgemäßes Büro übersiedeln. Er tritt energisch auf; ihm traut man zu, dass er mit Autodrombesitzern und Schweizerhaus-Kellnern ebenso Tacheles reden kann wie mit dem Betreiber des Riesenrads. Wurz ist ein Mann der Tat – und hat es nicht leicht in einem Biotop, das seit jeher Spieler, Strizzis und Spaßmacher anzieht. Er hat in den letzten Jahren vieles durchgestanden. Und seine persönliche Prater-Geisterbahnfahrt könnte noch länger dauern.

Wien anno 2008 – Fußballeuropameisterschaft. Zu deren Eröffnung sollte sich der Prater als Schmückkästchen präsentieren. Der Wunsch der Politik war es, den schäbigen Platz vor dem Riesenrad kräftig aufzupolieren. Es gab Wettbewerbe, Auftragsvergaben und als verlängerten Arm von Vizebürgermeisterin Grete Laska die „Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft“ – mitamt Geschäftsführer Georg Wurz. Der

war mit der Exekution des Harakiri-Projekts betraut, dessen Ergebnis man heute bestaunen kann. „Die Frage nach dem Gefallen stellt sich nicht. Beim Publikum kommt's an, und die Unternehmer sind zufrieden“, lautet sein Befund. Zurzeit putzt er einen Teil der Liegenschaft für „Madame Tussauds“ heraus.

Sein Job könnte einfach unterhaltsam sein, doch die Schatten der Vergangenheit sind lang. Bei dem oft kritisierten Bauprojekt lief nämlich wirklich alles schief – und diese blöde Geschichte holt Wurz jetzt ein. Grete Laska trat zurück, nachdem intransparente Auftragsvergabe, massive Kostenüberschreitungen und abschließende Pleite bekannt geworden waren – mit der Begründung, sich in Zukunft nur mehr um ihre Enkerln kümmern zu wollen. Georg Wurz hingegen blieb. Was wiederum die grüne Gemeinderätin Sabine Gretner nicht verstehen wollte und das Gericht befasste.

Vertrags-Ringelspiel. Nun liegt ein von der Staatsanwaltschaft beauftragtes Gutachten vor, das vom Wirtschaftstreuhänder Thomas Havranek verfasst wurde und an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Es belastet drei Seiten schwer: den von der Stadt mit Planung und Bauausführung beauftragten Totalunternehmer „Explore 5D“, die finanzierende Immoconsult sowie die Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft (RRPE) in Person von Georg Wurz.

Einer der Hauptvorwürfe in dem 134 Seiten starken Papier lautet, dass ein regelwidriges Vertrags-Ringelspiel aufgeführt wurde: „Die Subunternehmer waren Vertragspartner der Explore 5D (E5D). Die E5D war Vertragspartner der Immoconsult (IC). Die IC war Vertragspartner der RRPE.“ Zwischen dem „tatsächlichen Bauherrn“ RRPE und dem Totalunternehmer bestand somit überhaupt kein Vertragsverhältnis – obwohl der Gutachter feststellt, dass die Wurz'sche Firma „faktisch und wirtschaftlich Bauherr und über sämtliche Entwicklungen informiert und daher auch für die Gesamtsituation mitverantwortlich“ war. Geschäftsführer Wurz sieht das anders: „Da wird behauptet, dass wir de facto Geschäftsführer des Totalunternehmers waren. Das ist doch absurd.“

Es geht nun um die Schuldfrage, um die Letztverantwortung für verlorene Millionen von Euro. Und naturgemäß will jetzt niemand dabei gewesen sein. Doch haarsträubende Fehler aller Beteiligten sind – wie häufig bei öffentlichen Bauvorhaben – evident: Bei der Unterzeichnung des Vertrags wurden „von den Parteien nicht einmal dessen Beilagen auf Aktualität über-

Thema: Prater Wien

Autor: pruckner



„Die Vertreter der Stadt sind für Chaos, Zahlungsunfähigkeit und Ausgleichsverfahren verantwortlich.“
Sabine Gretner, grüne Planungssprecherin

prüft“. Der IC-Vertreter Paul Lintner gibt zu, „dass er die ihm zugestellten Protokolle nicht gelesen hat“. Grün-Mandatarin Gretner ist sich nach Lektüre des Gutachtens sicher, dass „die Vertreter der Stadt Wien für das Chaos, die Zahlungsunfähigkeit von Explore 5D und das Ausgleichsverfahren verantwortlich sind“. Sie erwartet die Anklage des Staatsanwalts gegen Wurz und Lintner, „auch weil das für die korrekte Abwicklung zukünftiger Projekte wichtig ist“.

Das Chaos auf der Praterbaustelle hatte viele Väter. Mögliche Pächter intervenierten, es kam zu Bauverzögerungen, die Politik wurde fehlinformiert, und plötzlich war die überforderte Explore 5D – angeblich für alle überraschend – insolvent. Gutachter Havranek, der auch in der Meinl-Causa aktiv war, dort aber auf Betreiben von Julius Meinl abgelöst wurde, lässt das nicht gelten. Er glaubt, dass „aus wirtschaftlicher Sicht die Kombination eines sehr engen Zeitkorsetts mit einem offensichtlichen Mangel an Erfahrung in der Umsetzung solcher Projekte ein hohes Risiko für den Erfolg zur Durchführung eines solchen Projekts“ in sich trug. Eine Argumentation, die fatal an das aktuelle Skylink-Debakel am Wiener Flughafen erinnert.

Den Vertrag mit dem unerfahrenen Unternehmen hat Wurz persönlich unter-

schrieben. Was er bitter bereit: „Ich würde heute einen Totalunternehmer suchen, der finanziell potenter ist.“ Seine Verteidigungsstrategie ist evident: „Explore hat sich verkalkuliert, die haben das nicht auf die Reihe bekommen. Aber das komplette Risiko lag eben beim Totalunternehmer.“

Wirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Das Gutachten meint hingegen, schon der Vertrag zwischen RRPE und Explore 5D sei „verantwortungslos“ gewesen: „Der an der Realität vorbeigehende Vertrag und die offensichtlich mangelnde Kontrolle von eingesetzten Steuergeldern durch den Auftraggeber IC, dessen Vertreter nicht einmal die Projektstatusberichte gelesen hatte“, hätten zu „massiven Missverständnissen“ und in der Folge zum Desaster geführt.

Etliche „Missverständnisse“ sind aktenkundig. So wurde von der RRPE ein bereits akquirierter Pächter „unter beidseitigem Verzicht auf sämtliche Forderungen aus dem bestehenden Pachtvertrag entlassen“ – was „wirtschaftlich in keinsten Weise nachvollziehbar“ sei. IC-Sprecher Lintner wird mit den Worten zitiert, wonach es „der IC bei einem Leasingnehmer im Dunstkreis einer öffentlichen Gebietskörperschaft de facto gleich ist, ob das Bauwerk teuer wird“. Eine Einstellung, so der Gutachter, „die nicht dem wirtschaftlich zweckmäßigen

Umgang mit einem Projekt entspricht, das aus Steuergeldern finanziert wird“.

Besonders heikel: Der Gutachter vermutet, dass „durch die Ignoranz der Mehrkosten ein Ausgleich produziert wurde, um daraus einen wirtschaftlichen Vorteil auf dem Rücken der Gläubiger zu erlangen“. Die Gesamtkosten wären ohne Zahlungsstopp und folgenden Ausgleich „nicht wesentlich von den letztlich tatsächlich entstandenen Gesamtkosten abgewichen“ – jedoch erhielten die Gläubiger der E5D durch die Insolvenz nur sechzig Prozent ihrer offenen Forderungen. Gretner assistiert: Die Tochtergesellschaft der Stadt Wien habe „den Konkurs offenbar fahrlässig herbeigeführt, um das eigene Missmanagement zu verschleiern“.

Georg Wurz weist freilich jede Schuld von sich. „Wir können nachweisen, dass das die einzig mögliche wirtschaftliche Entscheidung war“, sagt er. Man wäre bereit gewesen, vier Millionen Euro zuzuschießen, „aber nur unter der Bedingung, dass E5D einen minutiösen Nachweis über die Verwendung der Gelder geführt hätte – wozu diese aber nicht imstande war“. Immerhin kann er den Schmerz der Subunternehmer über deren verlorene Gelder nachfühlen. „Dass die beteiligten Baufirmen nicht hundert Prozent Entgelt für ihre Leistung bekommen haben, tut uns leid.“ ●